

Handeln Sie. Jetzt!

Die Zeit drängt – Erwartungen des Kolpingwerkes Deutschland an den 20. Deutschen Bundestag

Globalisierung und demografischer Wandel, Klimawandel und Digitalisierung, Migrationsbewegungen und Corona-Pandemie – seit einigen Jahren erleben wir in unserem Land, in Europa und der Welt epochale Umbrüche in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. In den vergangenen Legislaturperioden waren zahlreiche Krisen zu bewältigen. In vielen Politikfeldern drängt nun die Zeit. Nach der Konstituierung des 20. Deutschen Bundestags und der Bildung einer neuen Bundesregierung bietet sich jetzt die Chance für einen Aufbruch. Deshalb fordern wir: **Handeln Sie. Jetzt!**

In der jetzigen Legislaturperiode wird es erneut schwer werden, kluge und weitsichtige Entscheidungen zu treffen. Das kann nur gelingen, wenn Kompromisse nicht dadurch zustande kommen, dass Zugeständnisse bei unveränderten und miteinander unvereinbaren Positionen gegeneinander aufgerechnet werden. Vielmehr müssen die Parteien unterschiedliche Interessen anerkennen und auf der Grundlage faktenbasierter Argumente ihre inhaltlichen Positionen annähern. Auf diese Weise sind in der Vergangenheit in unserem Land große Errungenschaften wie bspw. Sozialpartnerschaft, Mitbestimmungsrecht und soziale Marktwirtschaft ausgehandelt und praktiziert worden, die Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglicht haben.

In den Prinzipien der Katholischen Soziallehre – Personalität, Solidarität und Subsidiarität – sowie in den Kriterien Gemeinwohl und Nachhaltigkeit spiegeln sich Weltanschauungen der verschiedenen politischen Kräfte wider. Sie können in den nächsten Jahren als Kompass für notwendige politische Entscheidungen dienen. Mit Blick auf die Belastung jüngerer und zukünftiger Generationen wird die kommende Legislaturperiode insbesondere von Fragen eines nachhaltigen Klimaschutzes, einer ebenso verlässlichen wie finanzierbaren Alterssicherung, einer weitsichtigen Familienförderung, einer chancen- und zukunftsgerichteten Bildungsoffensive sowie einer verantwortungsbewussten Migrations- und Integrationspolitik geprägt sein. Bei diesen Weichenstellungen wird es darum gehen, die politischen Maßnahmen mit einer tragfähigen Haushaltspolitik in Einklang zu bringen.

1. Klimapolitik

Bereits heute spüren viele Menschen die Folgen der Klimaerwärmung weltweit, zunehmend auch in Deutschland. Extremwetterereignisse, wie Hitzewellen oder die Flutkatastrophe und Waldbrände in diesem Sommer, haben verheerende Folgen und werden Prognosen zufolge mit steigender Klimaerwärmung deutlich häufiger auftreten.

Der Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC) hat in diesem Jahr noch einmal die Dringlichkeit und Notwendigkeit für ein Umdenken hin zu einer nachhaltigeren, sozial-ökologischen Transformation verdeutlicht. **Das Kolpingwerk erwartet, dass entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Politik deutlich mehr tun muss, um die Klimaschutzziele einzuhalten und dies nicht zulasten der nächsten Generationen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.**

Der neue deutsche Bundestag muss mutige und ambitionierte Ziele und Maßnahmen beschließen sowie konsequent handeln, um dem Pariser Klimaabkommen 2015 sowie dem Klimapakt von Glasgow 2021 gerecht zu werden. Denn je später gehandelt wird, desto kleiner wird der Handlungsspielraum und desto tiefgreifender und radikaler müssen die Maßnahmen sein. **Das Kolpingwerk erwartet, dass die Politik eine technologieoffene Gesamtstrategie entwirft sowie Rahmenbedingungen für einen ambitionierten Klimaschutz schafft, damit Deutschland schon deutlich vor 2045 Klimaneutralität erreicht.**

Deutschland muss seinen Beitrag dazu leisten, dass Klimaschutz auch auf europäischer und internationaler Ebene gestärkt wird. Dies beinhaltet die Förderung von klimakonformen Projekten, den Wissenstransfer in Länder des Globalen Südens und die finanzielle Unterstützung ärmerer Länder bei der Umsetzung der Transformation. **Das Kolpingwerk erwartet, dass Klimaschutz in allen Ressorts mitgedacht und umgesetzt wird. Er muss zu einer Querschnittsaufgabe der Politik werden.**

2. Alterssicherung

Die Auswirkungen des demografischen Wandels stellen die größte Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit des deutschen Rentensystems dar. Denn in einer stark alternden Gesellschaft müssen die Erwerbstätigen für stetig wachsende Rentenausgaben aufkommen. In Zukunft wird die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beitragszahler_innen sogar abnehmen, während die Zahl der Rentner_innen weiterwächst. Vor allem in den kommenden 15 Jahren wird die Rentenversicherung in finanzielle Schwierigkeiten geraten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge schrittweise in den Ruhestand eintreten.

Vor diesem Hintergrund unterliegt das deutsche Rentensystem seit 20 Jahren einem fortwährenden Reformbedarf. Langfristig angelegte Reformansätze wurden – mit Ausnahme der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters – allerdings weitestgehend gescheit. **Das Kolpingwerk erwartet, dass das Rentensystem angesichts zunehmender finanzieller Belastungen für die Beitragszahler_Innen hin zu einer Erwerbstätigenversicherung mit verbreiteter Versichertenbasis weiterentwickelt wird.**

Die Kopplung des Renteneintrittsalters an die steigende durchschnittliche Lebenserwartung wäre ein guter Weg, um mehr Generationengerechtigkeit zwischen Beitragszahler_innen und Rentenempfänger_innen herzustellen. Dies sollte allerdings nur bei gleichzeitigem Ausbau von Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen für Arbeitnehmende sowie durch eine Stärkung der Erwerbsminderungsrente erfolgen. **Das Kolpingwerk erwartet eine schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters nach 2031, wie es bereits in anderen europäischen Ländern erfolgt.**

Um Altersarmut weitestgehend einzudämmen, müssen die Zugangsvoraussetzungen zur Grundrente erleichtert werden. Aus Sicht des Kolpingwerkes bedarf es einer existenzsichernden garantierten Alterssicherung, die allen Einwohner_innen zugänglich gemacht wird, wenn sie mindestens fünf

Jahre lang Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt haben. **Das Kolpingwerk erwartet, dass die kürzlich eingeführte Grundrente für langjährig Versicherte in diesem Sinne weiterentwickelt wird.**

3. Familienpolitik

Eltern bzw. Alleinerziehende und ihre Kinder waren in der Corona-Pandemie in besonderer Weise von Einschränkungen betroffen. Innerhalb kürzester Zeit musste der familiäre Nahbereich neu organisiert werden. Kinder und Erziehende wurden unmittelbar aus ihrem bisherigen Alltagsleben herausgerissen.

Familien bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft. Familienpolitik versteht das Kolpingwerk seit Jahren als Querschnittsaufgabe, die keinen weiteren Interessen – etwa denen der Wirtschaftspolitik – untergeordnet werden darf, sondern den Familien dienen und ihnen Freiräume ermöglichen muss. Familien sind darin zu unterstützen, ihre intergenerationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten und füreinander Sorge zu tragen. **Das Kolpingwerk erwartet, dass die Familienpolitik nicht anderen Interessen und Politikfeldern untergeordnet wird. Dazu gehört die gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung von Erwerbs-, Familien- und Ehrenamtsarbeit.**

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ (Artikel 6 Abs. 1 Grundgesetz). Demgegenüber steht die Kritik, dass mit einem unverbindlicheren Konkurrenzinstitut – wie dem Modell der „Verantwortungsgemeinschaft“ – die im Grundgesetz unter „besonderen Schutz“ gestellte Ehe geschwächt und stattdessen der gesellschaftliche Trend zu mehr Unverbindlichkeit aktiv verstärkt und gefördert wird. **Das Kolpingwerk erwartet, den gesellschaftlichen Wert von Familien und Ehe sowie die im Grundgesetz hervorgehobene Bedeutung der Ehe und Familie zu stärken.**

Kinderarmut hat strukturelle Ursachen. Jedes fünfte Kind und jeder fünfte Jugendliche wächst in Deutschland in einem Haushalt auf, in dem Mangel zum Alltag gehört. Dieser Mangel zeigt sich in fehlenden finanziellen Ressourcen sowie an fehlenden sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Chancen. Die Vielzahl an kinder- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland sind kaum mehr zu durchschauen. **Das Kolpingwerk erwartet, dass sich bundespolitische Maßnahmen daran messen lassen, wie sie Familien als Ganzes niedrigschwellig erreichen und Bedarfe sachgerecht abdecken.**

4. Berufliche Ausbildung

Ausbildungssuche war während der Corona-Pandemie nur unter deutlich erschwerten Bedingungen möglich. Aber trotz vieler Unterstützungsangebote, hat sich der Trend noch einmal verschärft, dass Ausbildungssuchende und Ausbildungsbetriebe nicht zueinander gefunden haben. In der Bilanz bedeutet dies, dass 2020 fast 60.000 weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden. Damit liegt die Zahl erstmals unter 500.000 in einem Jahr. Vor allem Ausbildungssuchende mit geringeren Schulabschlüssen betraf dies.

Ausbildungssuchende können rein rechnerisch alle einen Ausbildungsplatz haben. Dennoch finden beide Seiten nicht zueinander. Dies liegt u.a. daran, dass weder Betriebe noch Ausbildungssuchende überregional suchen, teilweise auch, weil sie nur schwer bezahlbaren Wohnraum finden. **Das Kolpingwerk erwartet deswegen eine stärkere Förderung und Ausweitung des Jugendwohnens (was von den Plätzen immer noch weit hinter dem Studierendenwohnen liegt).**

Bei einigen jungen Menschen entspricht der Berufswunsch nicht dem Ausbildungsangebot. Sie müssen sich eine eigene realistische Berufsperspektive mit Chancen und Potentialen bilden können. **Das Kolpingwerk erwartet deshalb eine Verbesserung der Berufsberatung unter anderen an allen weiterführenden Schulen.**

Oftmals werden die Ausbildungsfähigkeit und Potentiale der jungen Menschen von den Betrieben nicht genügend wahrgenommen, obwohl bereits gute Unterstützungsleistungen zur Verfügung stehen. **Das Kolpingwerk erwartet, dass entsprechende Unterstützungsleistungen, wie das Jugendwohnen und die „Assistierte Ausbildung flex“, bekannt gemacht und für den Bedarf aller Betriebe passend gestaltet werden. Darüber hinaus darf der angekündigte Digitalpakt 2.0 nicht die lange Kette der Ausgrenzung von Benachteiligten fortsetzen, sondern muss dies explizit mitberücksichtigen.**

5. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Seit Jahren kann eine zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft beobachtet werden. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein hohes und schützenswertes Gut, für das es sich lohnt, sich aktiv und engagiert einzusetzen. Wie ein Brennglas hat die Corona-Pandemie Verbindendes, aber auch Trennendes aufgezeigt. Verschiedene Konfliktthemen, wie soziale Ungleichheit, Radikalisierungstendenzen in Sprache und Taten, Verbreitung von Verschwörungsmythen sowie Integration und Migration, tragen zur Spaltung der Gesellschaft bei.

Viele fühlen sich von der Politik nicht gehört und wahrgenommen, sondern vielmehr abgehängt. Sie muss mehr auf die Menschen zugehen, ihnen zuhören und sie mitnehmen, um Spaltung entgegenzuwirken. Ziel muss sein, dass alle Menschen ohne Angst leben können und sich als Teil der Gesellschaft fühlen. **Das Kolpingwerk erwartet, dass Politik hierfür die notwendigen Voraussetzungen schafft und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht.**

In Verbänden und Vereinen, Nachbarschaften und Initiativen engagieren sich nach wie vor Millionen Bürger_innen für ihre Mitmenschen und das Gemeinwohl und tragen damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Dieses positive gesellschaftliche Miteinander – Solidarität, Gemeinschaft und Verantwortung – war vor und während der Corona-Pandemie täglich erlebbar. **Das Kolpingwerk erwartet daher die Stärkung und Förderung und damit eine Wertschätzung des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements.**

Der letzte „Global Trends Report“ des Hohen Flüchtlingskommissars der UN (UNHCR) zeigt, dass die Zahlen von Geflüchteten und Binnenvertriebenen höher sind denn je. Katastrophale menschenunwürdige Verhältnisse an den Grenzen Europas und gefährliche Fluchtrouten machen ein dringendes Handeln zwingend notwendig. **Das Kolpingwerk erwartet, dass Fluchtursachen bekämpft, Menschen, die in Verzweiflung Zuflucht bei uns suchen, Hilfe und Unterstützung erhalten und endlich eine gemeinsame europäische Lösung gefunden wird. Für Menschen, die in Deutschland aufgenommen werden, braucht es vereinfachte und frühzeitige Integrationsmöglichkeiten.**

Mit diesen Erwartungen richtet sich das Kolpingwerk Deutschland an die Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages. Als generationsübergreifender katholischer Sozialverband mit über 215.000 Mitgliedern macht es deutlich, welche Weichenstellungen dringend geboten sind, damit Deutschland die bereits bestehenden und zukünftig bevorstehenden Herausforderungen erfolgreich, sozialverträglich und nachhaltig gestalten kann.

Der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland

Köln, 16. Dezember 2021